

**Entwurf**  
**V o r b l a t t**  
(Stand: 22.11.2019)

**XX. Verordnung zur Änderung  
der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom ...**

**A. Problem und Ziel**

Die europäische Kommission hat in den letzten Jahren, insbesondere seit Inkrafttreten der 52. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 18. Mai 2017 (BGBl. I S. 1282) und der Ersten Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 20. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3723), eine Vielzahl umweltrelevanter Verordnungen erlassen, die nur hinsichtlich typgenehmigter Fahrzeuge unmittelbare Geltung entfalten.

Mit der vorgeschlagenen Änderungs-Verordnung werden diese europäischen Vorgaben in die umwelt- und klimaschutzrelevanten Paragraphen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), insbesondere § 47 und § 49 StVZO, aufgenommen. Damit werden diese unionsrechtlichen Anforderungen zukünftig auch für die nationale Einzelgenehmigung nach § 21 StVZO sowie bei Änderungen nach § 19 Absätze 2 und 3 StVZO gelten. Im Übrigen passt diese Verordnung Verweise auf europäisches Recht an.

**B. Lösung**

Durchführen der oben genannten Änderungen durch entsprechende Anpassungen der StVZO.

**C. Alternativen**

Keine verbindliche Anwendung der oben genannten EU-Verordnungen auf die Erteilung von Einzelgenehmigungen. Dies würde bedeuten, dass für Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung weniger strenge Anforderungen gelten würden als für typgenehmigte Fahrzeuge.

**D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Es entstehen keine Haushaltsausgaben für Bund, Länder und Kommunen.

## **E. Erfüllungsaufwand**

### **E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

### **E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Für die Wirtschaft entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

### **E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Für die Verwaltung entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

### **E.3 Weitere Kosten**

Weitere Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

## **Referentenentwurf**

(Stand: 22.11.2019)

### **XX. Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom .....**

Es verordnen

- das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur auf Grund des § 6 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a, c, k und x, Nummer 7 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 2005 (BGBl. I S. 310, 919), von denen § 6 Absatz 1 im einleitenden Satzteil zuletzt durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 28. November 2014 (BGBl. I S. 1802) und § 6 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a, c, e, f, g und s durch Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (BGBl. I S. 1221) geändert worden sind,
  
- das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit auf Grund des § 6 Absatz 1 Nummer 5a in Verbindung mit Absatz 2a des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310), von denen § 6 Absatz 1 im einleitenden Satzteil zuletzt durch Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa des Gesetzes vom 28. November 2014 (BGBl. I S. 1802) und Absatz 2a zuletzt durch Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe c des Gesetzes vom 28. November 2014 (BGBl. I S. 1802) geändert worden sind, in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 14. März 2018 (BGBl. I S. 374):

#### **Artikel 1**

Die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 26. April 2012 (BGBl. I S. 679), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom XX. Monat 2019 (BGBl. I S. XXX) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 47 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1a wird wie folgt gefasst:

- „(1a) Kraftfahrzeuge im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 1) müssen hinsichtlich ihres Abgasverhaltens in den Fällen des § 13 der EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung oder des § 21 den Vorschriften dieser Verordnung in Verbindung mit
- der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission vom 18. Juli 2008 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (ABl. L 199 vom 28.7.2008, S. 1) und
- der Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission vom 1. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission sowie der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1), geändert durch die im Anhang zu dieser Vorschrift genannten Bestimmungen, entsprechen.“

b) In Absatz 3 wird die Nummer 14 wie folgt gefasst:

„(14) der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 und mit der Verordnung (EU) 2018/1832 der Kommission vom 5. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission und der Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission im Hinblick auf die Verbesserung der emissionsbezogenen Typgenehmigungsprüfungen und -verfahren für leichte Personenkraftwagen und Nutzfahr-

zeuge, unter anderem in Bezug auf die Übereinstimmung in Betrieb befindlicher Fahrzeuge und auf Emissionen im praktischen Fahrbetrieb und zur Einführung von Einrichtungen zur Überwachung des Kraftstoff- und des Stromverbrauchs (ABl. L 301 vom 27.11.2018, S. 1)“

c) Absatz 3a wird wie folgt gefasst:

„(3a) Personenkraftwagen und Wohnmobile mit Selbstzündungsmotor gelten als besonders partikelreduziert, wenn sie den Anforderungen einer der in Anlage XXVI Nummer 2 festgelegten Minderungsstufen oder den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 und der Verordnung (EU) 2017/1151 entsprechen.“

d) Nach Absatz 8a wird folgender Absatz 8b eingefügt:

„(8b) Kraftfahrzeuge im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr.168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52) geändert durch die Verordnung (EU) 2019/129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Januar 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 hinsichtlich der Anwendung der Stufe Euro 5 auf die Typgenehmigung von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 30 vom 31.1.2019, S. 106), müssen hinsichtlich ihres Abgasverhaltens den Vorschriften dieser Verordnung, jeweils in der aus dem Anhang zu dieser Vorschrift ersichtlichen Fassung, entsprechen.“

e) Nach dem einzufügenden Absatz 8b wird folgender Absatz 8c eingefügt:

„(8c) Zugmaschinen oder Motoren für Zugmaschinen im Sinne des Artikels 2 Absätze 1 und 3 der Verordnung (EU) Nr.167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Februar 2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 1) müssen, unbeschadet des Artikels 73 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 167/2013, hinsichtlich ihres Abgasverhaltens dem Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe a) und dem Absatz 3 der vorgenannten Verordnung und dem Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/985 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit land- und forstwirtschaftlicher Fahrzeuge und ihrer Motoren und

zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) 2015/96 der Kommission (ABl. L 182 vom 18.7.2018, S. 1) in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 1628/2016 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016 über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1024/2012 und (EU) Nr. 167/2013 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie 97/68/EG (ABl. L 252 vom 16.9.2016, S. 53), jeweils in der aus dem Anhang zu dieser Vorschrift ersichtlichen Fassung, entsprechen.“

f) Der bisherige Absatz 8b wird Absatz 8d und wird folgt neu gefasst:

„Kraftfahrzeuge, die in den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2016/1628 fallen, müssen mit Motoren ausgerüstet sein, die hinsichtlich ihres Abgasverhaltens der Verordnung (EU) 2016/1628 entsprechen.“

2. § 47d wird wie folgt gefasst:

„(1) Für Kraftfahrzeuge, die in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 oder der Verordnung (EU) 2017/1151, jeweils geändert durch die im Anhang zu dieser Vorschrift genannten Bestimmungen, fallen, sind die Werte für die Kohlendioxidemissionen, den Kraftstoffverbrauch, die Reichweite und den Stromverbrauch gemäß den Anforderungen dieser Verordnungen zu ermitteln.“

(2) Für Kraftfahrzeuge, die in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 und der Richtlinie 2007/46/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinien 80/1269/EWG, 2005/55/EG und 2005/78/EG (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 1) in Verbindung mit der Verordnung (EU) 2017/2400 der Kommission vom 12. Dezember 2017 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bestimmung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen sowie zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EU) Nr.

582/2011 der Kommission (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1), jeweils geändert durch die im Anhang zu dieser Vorschrift genannten Bestimmungen, fallen, sind die Werte für die Kohlendioxidemissionen und des Kraftstoffverbrauchs gemäß den Anforderungen dieser Verordnungen zu ermitteln.

(3) Bei Nichtvorliegen einer EG-Übereinstimmungsbescheinigung nach Anhang IX der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 zur Schaffung eines Rahmens für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (ABl. L 263 vom 9.10.2007, S. 1) sind die nach dieser Richtlinie ermittelten Werte in einer dem Fahrzeughalter beim Kauf des Fahrzeugs zu übergebenden Bescheinigung anzugeben.“

3. § 49 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Kraftfahrzeuge gemäß Anlage XXIX und deren Austauschschalldämpferanlagen sowie davon abgeleitete Kraftfahrzeuge, für die Vorschriften über den zulässigen Geräuschpegel und die Schalldämpferanlage in den nachfolgend genannten Einzelrechtsakten und Einzelregelungen festgelegt sind, müssen diesen Vorschriften entsprechen:

1. Verordnung (EU) Nr. 540/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen und von Austauschschalldämpferanlagen sowie zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 70/157/EWG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 131); auf die in Anhang III genannten maßgeblichen Einsatzzeitpunkte für die erstmalige Zulassung der jeweiligen Fahrzeugklasse und den Geräuschgrenzwerten der Phasen 2 und 3 wird hingewiesen,

2. Delegierte Verordnung (EU) 2018/985 (ABl. L 182 vom 18.7.2018; S. 1) in Verbindung mit den in Artikel 19 Absatz 4 genannten Geräuschgrenzwerten der Verordnung (EU) Nr. 167/2013, und

3. Delegierte Verordnung (EU) Nr. 134/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit sowie zur Änderung ihres Anhangs V (ABl. L 53 vom 21.2.2014, S. 1) in Ver-

bindung mit den in Anhang VI Abschnitt D genannten Geräuschgrenzwerten und den in Anhang IV Nr. 1.9 maßgeblichen Einsatzzeitpunkten für die erstmalige Zulassung (Tabellenspalte „Bestehende Fahrzeugtypen verbindlich“) der Verordnung (EU) Nr. 168/2013, jeweils in der aus dem Anhang zu dieser Vorschrift ersichtlichen Fassung.

Selbstfahrende Arbeitsmaschinen und Stapler entsprechen der Vorschrift nach Absatz 1 auch, wenn sie den Anforderungen nach Nummer 2 entsprechen. Kraftfahrzeuge entsprechen den Vorschriften der delegierten Verordnung nach Nummer 2 auch, wenn sie den Vorschriften der Verordnung nach Nummer 1 genügen.“

b) Absatz 2a wird wie folgt gefasst:

„(2a) Schalldämpferanlagen für Kraftfahrzeuge im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr.168/2013 sowie deren Austauschschalldämpferanlagen und Einzelteile dieser Anlagen als unabhängige technische Einheit für diese Kraftfahrzeuge dürfen im Geltungsbereich dieser Verordnung nur verwendet werden oder zur Verwendung feilgeboten oder veräußert werden,

wenn sie

1. mit dem EWG-Betriebserlaubniszeichen gemäß Anhang II Nummer 3.1.3 der Richtlinie 78/1015/EWG des Rates vom 23. November 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Geräuschpegel und die Auspuffanlage von Krafträdern (ABl. L 349 vom 13.12.1978, S. 21), die zuletzt durch die Richtlinie 89/235/EWG (ABl. L 98 vom 11.4.1989, S. 1) geändert worden ist,
2. mit dem Genehmigungszeichen gemäß Kapitel 9 Anhang VI Nummer 1.3 der Richtlinie 97/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 1997 über bestimmte Bauteile und Merkmale von zweirädrigen oder dreirädrigen Kraftfahrzeugen (ABl. L 226 vom 18.08.1997, S. 1),
3. mit dem Markenzeichen „e“ und dem Kennzeichen des Landes, das die Bauartgenehmigung erteilt hat gemäß Kapitel 9 Anhang III Nummer 2.3.2.2 der Richtlinie 97/24/EG oder
4. mit dem gemäß Artikel 39 Absatz 2 und 3 der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 in Verbindung mit dem in Anhang IX der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 134/2014 oder den darin genannten einschlägigen UN-ECE-Regelungen vorgeschriebenen Typgenehmigungszeichen gekennzeichnet sind.



Satz 1 gilt nicht für Schalldämpferanlagen und Austauschschalldämpferanlagen, die ausschließlich im Rennsport verwendet werden.“

4. § 72 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„(Nr. 2) § 47 Absatz 1a (Abgasemissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6)) ist hinsichtlich der Vorschriften der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 für erstmals in den Verkehr kommende Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung ab dem [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung] entsprechend der in der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 in Anhang I, Anlage 6, Tabelle 1, Spalte 7 („Einführungszeitpunkt Neufahrzeuge“) genannten Termine, jeweils mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten, anzuwenden.“

b) Nach Absatz 2 Nummer 3a wird folgende Nummer 3b eingefügt:

„(Nr. 3b) § 47 Absatz 8b (Abgasemissionen von zwei- oder dreirädrigen und vierrädrigen Fahrzeugen, Euro 4 und Euro 5) ist für erstmals in den Verkehr kommende Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung ab dem [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung] anzuwenden. Es gelten für diese Fahrzeuge hinsichtlich der abgasrelevanten Anforderungen der einzelnen (Unter-) Klassen die in der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 Anhang IV, geändert durch die Verordnung (EU) 2019/129 Anhang Punkt 2, unter „Bestehende Fahrzeugtypen“ genannten Termine, jeweils mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten.“

c) Absatz 2 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

„(Nr. 4) § 47 Absatz 8c in der Fassung ab dem [Einfügen: Datum des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung] (Abgasemissionen von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen) ist für Fahrzeuge, die mit einer Einzelgenehmigung erstmals in den Verkehr kommen spätestens ab dem 20. Juli 2018 entsprechend der in Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/985 in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 1628/2016 genannten Terminen anzuwenden. Die in Artikel 13 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2018/985 genannten Verlängerungen der Termine um zwei Jahre gelten für Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung, Allgemeinen Betriebserlaubnis oder EG-Typgenehmigung.“

Für land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen, die vor den genannten Terminen erstmals in den Verkehr kamen, bleibt § 47 Absatz 8c in der vor dem 20. Juli 2018 geltenden Fassung anwendbar.“

d) Absatz 2 Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) § 47d Absatz 1 ist für erstmals in den Verkehr kommende Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung ab dem [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung] entsprechend der in der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 in Anhang I, Anlage 6, Tabelle 1, Spalte 7 („Einführungszeitpunkt Neufahrzeuge“) genannten Termine, jeweils mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten, anzuwenden.

§ 47d Absatz 2 ist für erstmals in den Verkehr kommende Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung ab dem [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung] entsprechend der in Artikel 24 der Verordnung (EU) 2017/2400 genannten Termine, jeweils mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten, anzuwenden.“

e) Nach Absatz 2 Nummer 6a wird folgende Nummer 6b eingefügt:

„(Nr. 6b) § 49 Absatz 2 Nummer 1 gilt für erstmals in den Verkehr kommende Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung ab den in der Verordnung (EG) Nr. 540/2014 in Anhang III genannten maßgeblichen Einsatzzeitpunkten für die erstmalige Zulassung der jeweiligen Fahrzeugklasse der Phasen 2 und 3 genannten Termine, jeweils mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten.“

f) Nach der einzufügenden Nummer 6b wird folgende Nummer 6c eingefügt:

„(Nr. 6c) § 49 Absatz 2 Nummer 2 ist hinsichtlich des Artikels 19 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 167/2013 für erstmals in den Verkehr kommende Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung ab dem [einsetzen: 18 Monate nach dem Tag des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung], anzuwenden.“

g) Nach der einzufügenden Nummer 6c wird folgende Nummer 6d eingefügt:

„(Nr. 6d) § 49 Absatz 2 Nummer 3 ist für erstmals in den Verkehr kommende Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung hinsichtlich der Geräuschvorschriften der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 134/2014 in Verbindung mit den in Anhang VI Abschnitt D der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 genannten Geräuschgrenzwerten ab den in Anhang IV Nr. 1.9 maßgeblichen

Einsatzzeitpunkten für die erstmalige Zulassung (Tabellenspalte „Bestehende Fahrzeugtypen verbindlich“) der Verordnung (EU) Nr. 168/2013, jeweils mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten, anzuwenden.“

h) Nach der einzufügenden Nummer 6d wird folgende Nummer 6e eingefügt:

„(Nr. 6e) § 49 Absatz 2a Nr. 4 ist ab dem [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieser Änderungsverordnung] anzuwenden.“

i) Die bisherigen Nummern 6b bis 6e werden zu den Nummern 6f bis 6i.

5. In Anlage XIV zu § 48 wird Nummer 3.1.6 Nr. 1 wie folgt gefasst:

„1. in den Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008, zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1) fallen, den Vorschriften der Verordnungen entsprechen und bei den Emissionen der gasförmigen Schadstoffe und luftverunreinigenden Partikel die in der Tabelle 2 im Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 genannten Grenzwerte nicht überschreiten oder“

6. Der Anhang zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung wird wie folgt geändert:

a) Die rechte Spalte der § 47 Absatz 1a betreffenden Zeile wird wie folgt geändert:

aa) In dem die Verordnung (EG) Nr. 692/2008 betreffenden Teil werden nach dem Buchstaben j der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Buchstaben k, l, m, n, o, p, q r und s angefügt:

	„k)	die Verordnung (EU) 2016/427 der Kommission vom 10. März 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) (ABl. L 82 vom 31.3.2016, S. 1),
--	-----	--

	<p>l) die Berichtigung der Verordnung (EU) 2016/427 (ABl. L 339 vom 14.12.2016, S. 12),</p> <p>m) die Berichtigung der Verordnung (EU) 2016/427 (ABl. 131 vom 20.05.2017, S.23),</p> <p>n) die Verordnung (EU) 2016/646 der Kommission vom 20. April 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) (ABl. L 109 vom 26.4.2016, S. 1),</p> <p>o) die Verordnung (EU) 2017/1151 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1),</p> <p>p) die Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/1151 (ABl. L 209 vom 12.8.2017, S. 63),</p> <p>q) die Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/1151 (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 66),</p> <p>r) die Verordnung (EU) 2017/1221 der Kommission vom 22. Juni 2017 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 hinsichtlich der Methodik zur Bestimmung von Verdunstungsemissionen (Prüfung Typ 4) (ABl. L 174 vom 7.7.2017, S. 3),</p> <p>s) die Verordnung (EU) 2018/1832 (ABl. L 301 vom 27.11.2018, S. 1).“</p>
--	---

bb) Nach dem die Verordnung (EG) Nr. 692/2008 betreffenden Teil wird die Verordnung (EU) 2017/1151 mit den Buchstaben a, b, c, d, e und f angefügt:

	„und	die Verordnung (EU) 2017/1151 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1), geändert durch
	a)	die Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/1151 (ABl. L 209 vom 12.8.2017, S. 63),
	b)	die Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/1151 (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 66),
	c)	die Verordnung (EU) 2017/1154 der Kommission vom 7. Juni 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge, zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission und der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 der Kommission sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 und der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Emissionen leichter Personenkraftwagen und Nutzfahrzeuge im praktischen Fahrbetrieb (Euro 6) (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 708),
	d)	die Berichtigung der Verordnung (EU)

	<p>2017/1154 (ABl. L 256 vom 4.10.2017, S. 11),</p> <p>e) die Verordnung (EU) 2017/1347 der Kommission vom 13. Juli 2017 zur Berichtigung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission und der Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge, zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission sowie der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 (ABl. L 192 vom 24.7.2017, S. 1),</p> <p>f) die Verordnung (EU) 2018/1832 (ABl. L 301 vom 27.11.2018, S. 1).“</p>
--	--

b) In der rechten Spalte der § 47 Absatz 6b betreffenden Zeile werden in dem die Verordnung (EG) Nr. 582/2011 betreffenden Teil nach dem Buchstaben f der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Buchstaben g, h, i und j angefügt:

	„g)	die Verordnung (EU) 2016/1718 der Kommission vom 20. September 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen in Bezug auf die Bestimmungen über Prüfungen mit portablen Emissionsmesssystemen (PEMS) und das Verfahren zur Prüfung der Dauerhaltbarkeit von emissionsmindernden Einrichtungen für den Austausch (ABl. L 259 vom 27.9.2016),
	h)	die Verordnung (EU) 2017/1347 (ABl. L 192 vom 24.7.2017, S. 1),
	i)	die Verordnung (EU) 2017/2400 (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1),
	j)	die Verordnung (EU) 2018/932 der Kommission vom 29. Juni 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 in Bezug auf die Bestimmungen über Prüfungen mit portablen Emissionsmesssystemen (PEMS) und die Anforderungen an eine Typgenehmigung aufgrund von Vielstofffähigkeit (ABl. L 165 vom 2.7.2018, S. 32).“

c) Nach der Zeile zu § 47 Absatz 8a wird folgende Zeile zu § 47 Absatz 8b eingefügt:

„§ 47 Absatz 8b	„Die Verordnung (EU) Nr.168/2013 (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52), geändert durch a) die Verordnung (EU) 2019/129 (ABl. L 30 vom 31.1.2019, S. 106),
-----------------	---

	<p>und</p> <p>die delegierte Verordnung (EU) Nr. 134/2014 (ABl. L53 vom 21.2.2014, S. 1), geändert durch</p> <p>a) die delegierte Verordnung (EU) 2016/1824 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 3/2014, der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 44/2014 und der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 134/2014 hinsichtlich der Anforderungen für die funktionale Sicherheit des Fahrzeugs, der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen sowie der Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 1),</p> <p>b) die delegierte Verordnung (EU) 2018/295 der Kommission vom 15. Dezember 2017 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 44/2014 hinsichtlich der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen und der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 134/2014 in Bezug auf die Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit für die Genehmigung von zwei-, drei- und vierrädrigen Fahrzeugen (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 1),</p> <p>und</p> <p>die delegierte Verordnung (EU) Nr. 44/2014 der Kommission vom 21. November 2013 zur</p>
--	---



	<p>Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen im Zusammenhang mit der Typgenehmigung von zwei-, drei- und vierrädri- gen Fahrzeugen (ABl. L 25 vom 28.1.2014, S. 1),</p> <p>geändert durch</p> <p>a) die delegierte Verordnung (EU) 2016/1824 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 1),</p> <p>b) die delegierte Verordnung (EU) 2018/295 (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 1).“</p>
--	--

- d) Nach der einzufügenden Zeile zu § 47 Absatz 8b wird folgende Zeile zu § 47 Absatz 8c eingefügt:

<p>„§ 47 Absatz 8c</p>	<p>„Die delegierte Verordnung (EU) 2018/985 (ABl. L 182 vom 18.7.2018; S. 1)</p> <p>und</p> <p>die Verordnung (EU) Nr. 167/2013 (ABl. L 60 von 2.3.2013, S. 1),</p> <p>geändert durch</p> <p>a) die delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liste der Anforderungen für die EU-Typgenehmigung von Fahrzeugen und zur Änderung und Berichtigung der delegierten Verordnungen (EU) Nr. 1322/2014, (EU) 2015/96, (EU) 2015/68 und (EU) 2015/208 der Kommission hinsichtlich</p>
------------------------	---

der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen, der Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit, der Anforderungen an die Bremsen von Fahrzeugen und der Anforderungen an die funktionale Sicherheit von Fahrzeugen (ABl. L 277 vom 13.10.2016; S. 1).

und

die Verordnung (EU) Nr. 1628/2016 (ABl. L 252 vom 16.9.2016; S. 53),

ergänzt durch

a) die delegierte Verordnung (EU) 2017/654 der Kommission vom 19. Dezember 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer und allgemeiner Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung von Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte (ABl. L 102 vom 13.4.2017; S. 1)

b) die delegierte Verordnung (EU) 2017/655 der Kommission vom 19. Dezember 2016 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Überwachung der Emissionen gasförmiger Schadstoffe von in Betrieb befindlichen Verbrennungsmotoren in nicht für den Straßenverkehr bestimmten mobilen Maschinen und Geräten (ABl. L 102 vom 13.4.2017; S. 334).“

e) Die Zeile zu § 47 Absatz 8b (alt) wird wie folgt gefasst:

„§ 47 Absatz 8d“

f) Die Zeile zu § 47 Absatz 8c (alt) wird wie folgt gefasst:

„§ 47 Absatz 8e“

g) Die Zeilen zu § 47d werden wie folgt gefasst:

„§ 47 d Absatz 1	Artikel 5 Absatz 3 e	der Verordnung (EG) Nr. 715/2007, geändert durch a) die Verordnung (EG) Nr. 692/2008 (Abl. L 199 vom 28.7.2008, S. 1), b) die Verordnung (EG) Nr. 595/2009 (Abl. L 188 vom 18.7. 2009, S. 1), c) die Verordnung (EG) Nr. 566/2011 der Kommission vom 8. Juni 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (Abl. L 158 vom 16.6.2011, S.1), d) die Verordnung (EU) Nr. 459/2012 der Kommission vom 29. Mai 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) (Abl. L 142 vom 1.6.2012, S. 16), e) die Verordnung (EU) 2017/1151 (Abl. L 192 vom 24.7.2017, S. 1), f) die Verordnung (EU) 2018/858 des Europäi-
---------------------	-------------------------	---

schen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S 1),

g) die Verordnung (EU) 2018/1832 (ABl. L 301 vom 27.11.2018, S. 1).

und

Artikel 3  
Absatz 3  
Anhang XII

der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 (AbI. L 199 vom 28.7.2008, S. 1)

geändert durch

a) die Verordnung (EG) Nr. 566/2011 (AbI. L 158 vom 16.6.2011, S. 1),

b) die Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 (AbI. L336 vom 21.12. 2010, S. 68),

c) die Verordnung (EU) Nr. 459/2012 (AbI. L 142 vom 1.6.2012, S. 16),

d) die Verordnung (EU) Nr. 630/2012 der Kommission vom 12. Juli 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 bezüglich der Anforderungen für die Typgenehmigung von mit Wasserstoff und Gemischen aus Wasserstoff und Erdgas betriebenen Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen und bezüglich der Aufnahme spezifischer Informationen zu Fahrzeugen mit Elektroantrieb in den Beschreibungsbogen für die EG- Typgenehmi-

gung (ABl. L 182 vom 13.7.2012, S. 14),  
e) die Verordnung (EU) Nr. 143/2013 der Kommission vom 19. Februar 2013 zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission hinsichtlich der Bestimmung der CO<sub>2</sub> - Emissionen von Fahrzeugen, für die eine Mehrstufen-Typgenehmigung beantragt wird (ABl. L47 vom 20.2.2013, S. 51),  
f) die Verordnung (EU) Nr. 171/2013 der Kommission vom 26. Februar 2013 zur Änderung der Anhänge I und IX sowie zur Ersetzung des Anhangs VIII der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (Rahmenrichtlinie) und zur Änderung der Anhänge I und XII der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (ABl. L 55 vom 27.2.2013, S. 9),  
g) die Verordnung (EU) Nr. 195/2013 der Kommission vom 7. März 2013 zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen

Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission hinsichtlich innovativer Technologien zur Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (ABl. L 65 vom 8.3.2013, S. 1),

h) die Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Niederlassungsrecht und freier Dienstleistungsverkehr, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik, Fischerei, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, Sozialpolitik und Beschäftigung, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen und Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgrund des Beitritts Kroatiens (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74),

i) die Verordnung (EU) Nr. 136/2014 der Kommission vom 11. Februar 2014 zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) sowie der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) (ABl. L 43 vom 13.2.2014, S. 12),

j) die Verordnung (EU) 2015/45 der Kommission vom 14. Januar 2015 zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Par-

§ 47 d  
Absatz 2

laments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission hinsichtlich innovativer Technologien zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen (ABl. L 9 vom 15.1.2015, S. 1),  
k) die Verordnung (EU) 2016/427 (ABl. L 82 vom 31.3.2016, S. 1),

l) die Berichtigung der Verordnung (EU) 2016/427 (ABl. L 339 vom 14.12.2016, S. 12),

m) die Verordnung (EU) 2016/646 (ABl. L 109 vom 26.4.2016, S. 1),

n) die Berichtigung der Verordnung (EU) 2016/427 (ABl. L 131 vom 20.05.2017, S. 23),

o) die Verordnung (EU) 2017/1151 (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1),

p) die Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/1151 (ABl. L 209 vom 12.8.2017, S. 63),

q) die Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/1151 (ABl. L 56 vom 28.2.2018, S. 66),

r) die Verordnung (EU) 2017/1221 (ABl. L 174 vom 7.7.2017, S. 3),

s) die Verordnung (EU) 2018/1832 (ABl. L 301 vom 27.11.2018, S. 1).

Die Verordnung (EG) Nr. 595/2009 (ABl. L 188 vom 18.7. 2009, S. 1),

geändert durch:

a) die Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 (ABl. L 200 vom 31.7.2009, S. 52),

b) die Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 (ABl. L 167 vom 25.6.2011, S. 1),

c) die Verordnung (EU) Nr. 133/2014 der Kommission vom 31. Januar 2014 zur Anpas-

sung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 der Kommission an den technischen Fortschritt hinsichtlich der Emissionsgrenzwerte (ABl. L 47 vom 18.2.2014, S. 1),

d) die Verordnung (EU) 2017/2400 (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1),

e) die Verordnung (EU) 2018/858 (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1).

und

die Verordnung (EG) Nr. 595/2009 (ABl. L 188 vom 18.7. 2009, S. 1),

geändert durch:

a) die Verordnung (EU) Nr. 64/2012 der Kommission vom 23. Januar 2012 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) (ABl. L 28 vom 31.1.2012, S. 1),

b) die Verordnung (EU) Nr. 133/2014 (ABl. L 47 vom 18.2.2014, S. 1),

c) die Verordnung (EU) Nr. 136/2014 der Kommission vom 11. Februar 2014 (ABl. L 43 vom 13.2.2014, S. 12),

d) Berichtigung der Verordnung (EU) Nr. 136/2014 (ABl. L291 vom 7.11.2015, S. 11),



	<p>e) die Verordnung (EU) Nr. 627/2014 der Kommission vom 12. Juni 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 582/2011 zwecks Anpassung an den technischen Fortschritt hinsichtlich der Überwachung der Partikelemissionen durch das On-Board-Diagnosesystem (ABl. L 174 vom 13.6.2014, S. 28),</p> <p>f) die Berichtigung der Verordnung (EU) Nr. 627/2014 (ABl. L 239 vom 15.9.2015, S. 190),</p> <p>g) die Verordnung (EU) 2016/1718 (ABl. L 259 vom 27.9.2016, S. 1),</p> <p>h) die Verordnung (EU) 2017/1347 (ABl. L 192 vom 24.7.2017, S. 1),</p> <p>i) die Verordnung (EU) 2017/2400 (ABl. L 349 vom 29.12.2017, S. 1),</p> <p>die Verordnung (EU) 2018/932 (ABl. L 165 vom 2.7.2018, S. 32).</p>
--	---

h) Die Zeile zu § 49 Absatz 2 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

	<p>„Die Verordnung (EU) Nr. 540/2014 (ABl. L 158 vom 27.5.2014; S. 131) einschließlich deren Berichtigung (ABl. L 360 vom 17.12.2014, S. 111),</p> <p>geändert durch</p> <p>a) die delegierte Verordnung (EU) 2017/1576 der Kommission vom 26. Juni 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 540/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Anforderungen an das Akustische Fahrzeug-Warnsystem (AVAS) für die EU-Typgenehmigung von Fahrzeugen (ABl. L 239 vom 19.9.2017, S. 3),</p>
--	---

	<p>b) die delegierte Verordnung (EU) 2019/839 der Kommission vom 7. März 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 540/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen und von Austauschschalldämpferanlagen (ABl. L 138 vom 24.5.2019, S. 70).“</p>
--	--

i) Die Zeile zu § 49 Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

	<p>„Die delegierte Verordnung (EU) 2018/985 (ABl. L 182 vom 18.7.2018; S. 1) einschließlich der Berichtigung (ABl. L 325 vom 20.12.2018, S. 53)</p> <p>und</p> <p>die Verordnung (EU) Nr. 167/2013 (ABl. L 60 von 2.3.2013, S. 1), geändert durch</p> <p>a) die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1322/2014 der Kommission vom 19. September 2014 zur Ergänzung und Änderung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen im Zusammenhang mit der Typgenehmigung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 364 vom 18.12.2014; S. 1);</p> <p>b) die Verordnung (EU) 2016/1628 (ABl. L 252 vom 16.09.2016, S. 53);</p> <p>c) die delegierte Verordnung (EU) 2016/1788 (ABl. L 277 vom 13.10.2016; S. 1);</p>
--	---

	<p>d) die Delegierte Verordnung (EU) 2018/830 der Kommission vom 9. März 2018 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1322/2014 hinsichtlich der Anpassung der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen im Zusammenhang mit der Typgenehmigung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 140 vom 06.06.2018, S. 15);</p> <p>e) die Delegierte Verordnung 2018/985 (ABl. L 182 vom 18.07.2018, S. 1) einschließlich der Berichtigung (ABl. L 325 vom 20.12.2018, S. 53)</p> <p>f) die Verordnung (EU) 2019/519 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 167/2013 über die Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (ABl. L 91 vom 29.03.2019, S. 42)“</p>
--	--

j) Die Zeile zu § 49 Absatz 2 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

	<p>„Die delegierte Verordnung (EU) Nr. 134/2014 (ABl. L 53 vom 21.2.2014; S. 1), geändert durch</p> <p>a) die Delegierte Verordnung (EU) 2016/1824 (ABl. L 279 vom 15.10.2016, S. 1) einschließlich deren Berichtigung (ABl. L 80 vom 25.03.2017, S. 46) und Berichtigung (ABl. L 123 vom 16.05.2017, S. 50);</p> <p>b) Delegierte Verordnung (EU) 2018/295 (ABl. L 56 vom 28.02.2018, S. 1)</p>
--	--

	<p>und</p> <p>die Verordnung (EU) Nr. 168/2013 (ABl. L 60 vom 2.3.2013, S. 52), einschließlich Berichtigung (ABl. L 77 vom 23.03.2016, S. 65) und Berichtigung (ABl. L 64 vom 10.03.2017, S. 116)</p> <p>geändert durch</p> <p>a) Die delegierte Verordnung (EU) Nr. 134/2014 (ABl. L 53 vom 21.2.2014; S. 1)</p> <p>b) die Verordnung (EU) 2019/129 (ABl. L 30 vom 31.1.2019, S. 106)“</p>
--	---

## Artikel 2

Diese Verordnung tritt am ... [einsetzen: Datum des ersten Tages des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] in Kraft.

-----  
Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den .....

Die Bundesministerin für Umwelt,  
Naturschutz und nukleare Sicherheit

Der Bundesminister für Verkehr  
und digitale Infrastruktur

.....

.....

## Begründung

## **A. Allgemeiner Teil**

### **I. Wesentlicher Inhalt der Verordnung**

Die europäische Kommission hat in den letzten Jahren, insbesondere seit Inkrafttreten der 52. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 18. Mai 2017 (BGBl. I S. 1282) und der Ersten Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 20. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3723) eine Vielzahl umweltrelevanter Verordnungen erlassen, die nur hinsichtlich typgenehmigter Fahrzeuge unmittelbare Geltung entfalten.

Mit der vorgeschlagenen Änderungs-Verordnung werden diese europäischen Vorgaben in die umwelt- und klimaschutzrelevanten Paragraphen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), insbesondere § 47 und § 49 StVZO, aufgenommen. Damit werden diese unionsrechtlichen Anforderungen zukünftig auch für die nationale Einzelgenehmigung nach § 21 StVZO sowie bei Änderungen nach § 19 Abs. 2 und Abs. 3 StVZO gelten. Im Übrigen passt diese Verordnung Verweise auf europäisches Recht an.

### **II. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Bund, Länder und Kommunen

Keine.

### **III. Erfüllungsaufwand**

#### **1. Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

#### **2. Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Für die Wirtschaft entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

#### **3. Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Für die Verwaltung entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

### **V. Weitere Kosten**

Weitere Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

## **VI. Gleichstellungspolitische Auswirkungen**

Diese Verordnung hat keine gleichstellungspolitischen Auswirkungen.

## **VII. Nachhaltigkeit**

Die Managementregeln und Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurden geprüft. Die Verordnung enthält keine Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu Artikel 1 (Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung)**

#### 1. Zu Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a (§ 47 Absatz 1a)

Der Absatz 1a wurde um die Verordnung (EU) 2017/1151, die die Verordnung (EG) Nr. 715/2007 als neue Durchführungsmaßnahme ergänzt und ab dem 01.01.2022 die derzeitige Durchführungsmaßnahme Verordnung (EG) Nr. 692/2008 ersetzen wird, erweitert.

#### 2. Zu Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe b (§ 47 Absatz 3)

Der Absatz 3, der festlegt unter welchen Voraussetzungen Personenkraftwagen sowie Wohnmobile mit Fremd- oder Selbstzündungsmotoren als schadstoffarm gelten, wurde in Nummer 14 um die Verordnung (EU) 2017/1151, die die Verordnung (EG) Nr. 715/2007 als neue Durchführungsmaßnahme ergänzt und ab dem 01.01.2022 die derzeitige Durchführungsmaßnahme Verordnung (EG) Nr. 692/2008 ersetzen wird, erweitert.

#### 3. Zu Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe c (§ 47 Absatz 3a)

Der Absatz 3a, der festlegt unter welchen Voraussetzungen Personenkraftwagen und Wohnmobile mit Selbstzündungsmotoren als besonders partikelreduziert gelten, wurde in Nummer 14 um die Verordnung (EU) 2017/1151, die die Verordnung (EG) Nr. 715/2007 als neue Durchführungsmaßnahme ergänzt und ab dem 01.01.2022 die derzeitige Durchführungsmaßnahme Verordnung (EG) Nr. 692/2008 ersetzen wird, erweitert.

#### 4. Zu Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe d (§ 47 Absatz 8b)

Die verbindliche Anwendung der Verordnung (EU) Nr.168/2013 (Euro 4 und Euro 5) wird auch für Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung nach § 21 vorgeschrieben.

5. Zu Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe e (§ 47 Absatz 8c)

Die Neufassung von § 47 Absatz 8c übernimmt den derzeitigen Stand der veröffentlichten EU-Verordnungen.

6. Zu Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a bis Buchstabe c (§ 47d Absätze 1 bis 3)Die Neufassung von § 47d Absatz 1 streicht den veralteten Bezug auf den Anwendungsbereich der Richtlinie 80/1268/EWG und übernimmt den derzeitigen Stand der veröffentlichten EU-Verordnungen.

Mit der Neufassung von § 47d Absatz 1 werden für Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung die Zeitpunkte für die verbindliche Anwendung der Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 und mit der Verordnung (EU) 2017/1151 vorgeschrieben. Dies sind die Anwendungstermine der EG-Verordnung, zeitversetzt um eine Übergangsfrist von 18 Monaten.

§ 47d Absatz 2 schreibt die Anwendung der Verordnung (EU) 2017/2400 auch für Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung nach § 21 vor.

Die Einführung des neuen Absatzes 2 macht eine Umbenennung des bisherigen Absatzes 2 in Absatz 3 notwendig. Mit der Neufassung des Absatzes 3 wird der veraltete Bezug auf eine EG-Übereinstimmungsbescheinigung nach Anhang IX der Richtlinie 70/156/EWG gestrichen.

Auf Grund der geringen Stückzahlen der einzelgenehmigten Fahrzeuge im Vergleich zu den typgenehmigten Fahrzeugen erscheint die Anwendung der Einsatzzeitpunkte des Erstzulassungsdatums neuer Vorschriften typgenehmigter Fahrzeuge über eine generelle Fristverschiebung um 18 Monate, auch vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung von mit diesen Produkten oftmals befassten KMU, gerechtfertigt.

7. Zu Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe a (§ 49 Absatz 2)

Die Neufassung von § 49 Absatz 2 übernimmt den derzeitigen Stand der veröffentlichten EU-Verordnungen.

8. Zu Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe b (§ 49 Absatz 2a)

§ 49 Absatz 2a erfährt durch EU-Verordnungen vorgegebene sprachliche Anpassungen sowie die Übernahme europäischer Rechtsakte.

9. Allgemeine Anmerkung zu Artikel 1 Nummer 4 (§ 72 Übergangsbestimmungen)

Die Vorschriften der Verordnungen (EU) Nr. 167/2013 und 168/2013 gelten ausschließlich für typgenehmigte Fahrzeuge und sind für Einzelgenehmigungen gemäß der StVZO nicht automatisch anzuwenden. Dies gilt ebenfalls für die von Fahrzeugen der Rahmenrichtlinie 2007/46/EG abgeleiteten Fahrzeuge wie z.B. selbstfahrende Arbeitsmaschinen, Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr oder Sonstige Kraftfahrzeuge.

Somit gelten auch die Einsatzzeitpunkte für die erstmalige Zulassung innerhalb der harmonisierten Vorschriften der EU ausschließlich für typgenehmigte land- oder forstwirtschaftliche und zwei-, drei- oder leichte vierrädrige Fahrzeuge und nicht für Einzelgenehmigungen. Im Gegensatz dazu gelten die Einsatzzeitpunkte von Fahrzeugen der Richtlinie 2007/46/EG zwar ebenfalls für Einzelfahrzeuge, jedoch werden diese gemäß der EG-FGV und nicht gemäß der StVZO in den Verkehr gebracht. Darüber hinaus gewährt die Rahmenrichtlinie 2007/46/EG und die jeweiligen Rahmenverordnungen (EU) Nr. 167/2013 und Nr. 168/2013 bei den jeweiligen Einsatzzeitpunkten stets die Möglichkeit der Erstzulassung von Fahrzeugen für einen weiteren Zeitraum (Fahrzeuge aus auslaufender Serie). Dieser Zeitraum liegt nach der Rahmenrichtlinie und den Rahmenverordnungen zwischen 12 (vollständige Fahrzeuge gem. Richtlinie 2007/46/EG) und 24 Monaten (zu vervollständigende Fahrzeuge gem. Richtlinie 2007/46/EG und Fahrzeuge gemäß Rahmenverordnung (EU) Nr. 167/2013 und 168/2013). Im Sinne der Gleichbehandlung sollte den Fahrzeugen mit einer Einzelgenehmigung zukünftig eine vergleichbare Frist bezüglich der Anwendung der aktuellen Vorschriften in Bezug auf die Erstzulassung eingeräumt werden. Auf Grund der geringen Stückzahlen der einzelgenehmigten Fahrzeuge im Vergleich zu den typgenehmigten Fahrzeugen erscheint die Anwendung der Einsatzzeitpunkte des Erstzulassungsdatums neuer Vorschriften typgenehmigter Fahrzeuge über eine generelle Fristverschiebung um 18 Monate, auch vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung von mit diesen Produkten oftmals befassten KMU, gerechtfertigt. Im Ergebnis erfolgt die Festlegung der hier zu regelnden Frist unabhängig von der Fahrzeugklasse bzw. der Frage der Einstufigkeit oder Mehrstufigkeit der Typgenehmigung. Mit der Fristsetzung von 18 Monaten wird der Wahrung der Verhältnismäßigkeit zwischen Typ- und Einzelgenehmigung entsprochen. Eine Fristfestlegung auf die jeweilige Fahrzeugklasse bzw. die Ein- oder Mehrstufigkeit der Typgenehmigung mit den daraus



abgeleiteten 12, 18 oder 24 Monaten Übergangsfrist wäre gegenüber den Beteiligten wie z.B. den betroffenen Bürgern oder Händlern nur schwer vermittelbar und dürfte im Falle einer Umsetzung lediglich zu Verwirrungen führen.

10. Zu Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a (§ 72 Absatz 2 Nummer 2)

Für Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung werden die Zeitpunkte für die verbindliche Anwendung der Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 bzw. mit der Verordnung (EU) 2017/1151 vorgeschrieben. Dies sind die Anwendungstermine der EG-Verordnung, zeitversetzt mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten.

11. Zu Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe b (§ 72 Absatz 2 Nummer 3b)

Für Fahrzeuge mit einer Einzelgenehmigung werden die Zeitpunkte für die verbindliche Anwendung der Vorschriften der Verordnung (EU) Nr.168/2013 vorgeschrieben. Dies sind die Anwendungstermine der Emissionsgrenzwertstufen Euro 4 und Euro 5, zeitversetzt mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten.

12. Zu Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe c (§ 72 Absatz 2 Nummer 4a)

Die Neuregelung des § 72 Absatz 2 Nummer 4a regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 47 Absatz 8c.

13. Zu Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe e (§ 72 Absatz 2 Nummer 6b)

Die Neuregelung des § 72 Absatz 2 Nummer 6b) regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 49 Absatz 2 Nummer 1 zu den Phasen 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 540/2014, nach denen Grenzwerte für neue Fahrzeugtypen festgelegt werden, jeweils zeitversetzt mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten.

14. Zu Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe f (§ 72 Absatz 2 Nummer 6c)

Die Neuregelung des § 72 Absatz 2 Nummer 6c) regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 49 Absatz 2 Nummer 2 für Fahrzeuge der Verordnung (EG) Nr. 167/2013, jeweils zeitversetzt mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten.

15. Zu Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe g (§ 72 Absatz 2 Nummer 6d)

Die Neuregelung des § 72 Absatz 2 Nummer 6d) regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 49 Absatz 2 Nummer 3 für Fahrzeuge der Verordnung (EG) Nr. 168/2013, jeweils zeitversetzt mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten.

16. Zu Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe h (§ 72 Absatz 2 Nummer 6e)

Die Neuregelung des § 72 Absatz 2 Nummer 6e) regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens von § 49 Absatz 2a Nummer 4 für die Kennzeichnung von Austauschschalldämpfern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 168/2013 mit einer Übergangsfrist von 18 Monaten.

17. Zu Artikel 1 Nummer 5 (Anlage XIV zu § 48)

Die Nummer 3.1.6, in der die Schadstoffklasse S 6 festgelegt ist, wurde um die Verordnung (EU) 2017/1151, die die Verordnung (EG) Nr. 715/2007 als neue Durchführungsmaßnahme ergänzt und zukünftig die derzeitige Durchführungsmaßnahme Verordnung (EG) Nr. 692/2008 ersetzen wird, erweitert.

18. Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe a (Anhang § 47 Absatz 1a)

Der Anhang wurde hinsichtlich der letzten veröffentlichten EU-Verordnungen zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 sowie hinsichtlich der Einführung der neuen Durchführungsmaßnahme zur Verordnung (EG) Nr. 715/2007, der Verordnung (EU) 2017/1151 und deren Änderungen, angepasst.

19. Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe b (Anhang § 47 Absatz 6b)

Der Anhang wurde hinsichtlich der letzten veröffentlichten EU-Verordnungen und deren Änderungen angepasst.

20. Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe c (Anhang § 47 Absatz 8b)

Der Anhang wurde hinsichtlich der letzten veröffentlichten EU-Verordnungen und deren Änderungen angepasst.

21. Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe d (Anhang § 47 Absatz 8c)

Der Anhang wurde hinsichtlich der letzten veröffentlichten EU-Verordnungen und deren Änderungen angepasst.

22. Zu Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe f (Anhang § 47 Absatz 8d)

Wegen der Einfügung des Absatz 8b (neu) ist Absatz 8b (alt) neu zu benennen in Absatz 8d.

23. Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe g (Anhang § 47d Absätze 1 bis 3)

Der Anhang wurde hinsichtlich der letzten veröffentlichten EU-Verordnungen und deren Änderungen angepasst.

24. Zu Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe h bis Buchstabe 5 (Anhang § 49 Absatz 2 Nummern 1 bis 3)

Der Anhang wurde hinsichtlich der letzten veröffentlichten EU-Verordnungen und deren Änderungen angepasst.